

Berliner Tageblatt



Nr. 430

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 11. September 1926

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Geschäftsteilhaber: Zehender & Wolff in Berlin.

Spaniens Austritt vollzogen.

Die Note der spanischen Regierung heute vormittag dem Völkerbundsekretariat überreicht.

Der spanische Konflikt bei Sir Eric Drummond.

Der Einbruch in Genf. — Säkungsgemäß bleibt Spanien noch zwei Jahre Mitglied.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten Dr. Ernst Feder.

E. F. Genf, 11. September, 1 1/2 Uhr.

Zie in dem größten Teil unserer heutigen Morgen- ausgabe bereits angekündigte spanische Note ist heute vormittag dem Völkerbundsekretariat formell überreicht worden. Spanien zieht sich nicht nur, wie man ursprünglich angenommen hat, vom Völkerbund zurück, sondern hat vielmehr seinen formellen Austritt erklärt. Das Völkerbundsekretariat gibt die folgende offizielle Mitteilung aus: „Der Generalsekretär des Völkerbundes hat heute morgen durch Vermittlung des spanischen Konsuls in Genf eine Note der spanischen Regierung bekommen, die entsprechend dem Artikel 1 des Völkerbundspaktes die formelle Kündigung enthält, daß Spanien mit Ablauf zweier Jahre vom Zeitpunkt der Heberreichung der Note an den Generalsekretär des Völkerbundes, aus dem Völkerbund austritt. Die Note der spanischen Regierung wird allen Mitgliedern des Völkerbundes mitgeteilt.“

E. F. Genf, 11. September, 1 1/2 Uhr nachm.

Die spanische Regierung hat die volle Konsequenz ihres bisherigen Standpunktes gezogen. Sie hat von vornherein erklärt, daß sie sich für die neuerichtigten wiederholbaren Siege nicht interessiert, und daß für sie aus dem von ihr angegebenen Grunde nur ein fähiger Sitz in Betracht kommt. Aufgegeben hat sich auch der spanische Vertreter an den Verhandlungen über die nicht fruchtbarsten Siege gar nicht beteiligt, hat vielmehr nur darauf geblieben, eine klare Feststellung dahin zu bekommen, daß man Spanien einen fähigen Sitz nicht gewährt. Diese Erklärung wurde dann auch in dem bekannten Protokolle des Rates ausgesprochen. Die spanische Regierung hat alsdann weiter erwartet, bis die Kündigung des Völkerbundspaktes auch tatsächlich vollzogen wurde. Dies war mit dem gestrigen Tage der Fall, nachdem Deutschland als fähiges Mitglied in den Rat aufgenommen worden ist. Im unmittelbaren Anschluß an diesen Vorschlag hat nunmehr Spanien seinen Austritt erklärt. Es ist nicht dem Beispiele Argentiniens, sondern dem brasilianischen Beispiele gefolgt und hat gemäß der Völkerbundstatuten seine Mitgliedschaft kündigt. Folglich bleibt es jetzt noch zwei Jahre lang Mitglied des Bundes, wird aber selbstverständlich während dieser Zeit nicht an den Arbeiten des Bundes teilnehmen, falls nicht vorher eine neue Annäherung an den Bund erfolgt.

Die Tatsache, daß Spanien sich doch zur endgültigen Kündigung seiner Mitgliedschaft entschlossen hat, hat hier in Genf eine gewisse Heberauswirkung hervorgerufen, und es ist zweifellos dem deutschen Standpunkte aus bedauerlich, daß gleichzeitig mit dem Eintritt Deutschlands der Austritt einer Weltmacht so bekanntlich erfolgt ist. Die diesem alle vorhergehenden Verhandlungen haben allerdings auch Welt mit voller Aufmerksamkeit gefolgt, daß Deutschland keinesfalls die Mitgliedschaft des Völkerbundes, die schon lange latent war, jetzt zum Ausdruck gekommen ist und eine befriedigende Lösung leider nicht gefunden hat. Unter diesen Umständen ist selbstverständlich nicht damit zu rechnen, daß Spanien in den Rat gewählt wird, so daß nunmehr ein weiterer Platz im Rate zur Verfügung gestellt wird.

Wom Standpunkt des Völkerbundes aus ist nicht nur der Verlust eines wertvollen Mitgliedes, sondern auch besonders die Tatsache unerfreulich, daß jetzt die beiden Mitglieder Brasiliens und Spaniens mit Rücksicht darauf, daß die Wiederherstellbarkeit eingeführt werden soll, aus dem Völkerbund ausgeschieden sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Zurückgabe auch auf die Ratifizierung eine Rückwirkung haben wird. Von letzterem rechnet man in Genf nicht mit dem endgültigen Verlust Spaniens, nimmt vielmehr an, daß bei einer Umkehrung der inneren Lage möglicherweise aber auch schon früher, eine Annäherung Spaniens an den Völkerbund erfolgen wird, bei der die spanische Nation gewiß mindestens ebenso viel gegeben hat, wie er von ihr empfangt. Der Zeit der spanischen Note wird bekanntgegeben, jedoch in den Händen aller Delegationen ist. Wie ich höre, ist die spanische Note kurz. Die spanische Regierung weist auf die Erklärung hin, die sie im Interesse des Völkerbundes zugrunde habe, erklärt aber zum Schluß, daß sie in diesem Punkte keine Zugeständnisse habe machen können.

Genf, 11. September.

Bei Würdigung der Tragweite der spanischen Entschlüsse muß die Tatsache in den Vordergrund gestellt werden, daß der Eintritt Spaniens in die Völkerbundorganisation des Bundes weit mehr heißt als dies durch das Ausscheiden Spaniens gesehen werden. Weiter muß im Auge behalten werden, daß das politische Zentralproblem des Völkerbundes die politische Stabilisierung und Friedenssicherung im Herzen Europas ist, die nur von der Verständigung Frankreichs und Deutschlands, von der Klärung und Besserung der Verhältnisse dieser beiden Staaten ihren Ausgang nehmen kann. Für dieses Problem

bedeutet der gestrige Tag einen verheißungsvollen Anfang und der Schritt Spaniens kann, welche politischen Rückwirkungen er auch haben möge, die dem verheißungsvollen Beginn keine Einbuße tun. Spanien liegt an der Peripherie des politischen Geschehens in Europa, und ist mit der Regelung, die in Locarno begonnen und gestern hier geschlossen wurde, nicht verknüpft.

Bombenanschlag auf Mussolini.

Der Ministerpräsident unversehrt; fünf Personen verwundet.

Genf, 11. September, 1 1/2 Uhr mittags.

Am die Mittagsstunde traf hier die Nachricht von einem Bombenattentat auf Mussolini ein. Als Mussolini heute vormittag kurz nach 10 Uhr den Palazzo Chigi verließ, warf ein Arbeiter, der als flüchtiger Flüchtling in Paris geflohen war, und nach Rom zurückgekehrt war, eine Bombe unter Mussolinis Automobil. Mussolini blieb unversehrt; dagegen wurden fünf ihm folgende verwundet, zwei davon schwer. Mussolini konnte die Fahrt fortsetzen, da das Automobil unbeschädigt geblieben war.

Rom, 11. September.

Der Attentäter ist ein junger Anarchist, der in Toskana geboren ist und jetzt aus Frankreich kommt. Man nimmt an, daß er von dem bekannten Erschassenen Rossi beauftragt worden ist, der in Paris als Flüchtling lebt. Etwa ein Dutzend Personen wurden verwundet. Der Name des Attentäters ist Giovanni. Nach dem Attentat verfuhr er zu sich und schiederte eine Welle Bomben gegen seine Arbeitsstätte. Diese Bombe explodierte nicht. Ein Chauffeur saß ihn dann. Der Attentäter hatte in der Tasche eine dritte Bombe.

Das Gerücht von dem Attentat verbreitete sich in Rom wie ein Lauffeuer. Alle Straßen und Häuser waren sofort mit Patrouillen besetzt. Eine große Menge läuft die Straßen und bricht fortwährend in Schreie auf Mussolini aus. Vor dem Palazzo Chigi sammelte sich eine ungeheure Menschenmenge an, die Mussolini Ovationen darbrachte und fortwährend rief: „Wir wollen den Duce sehen!“

Herabsetzung der Rheinlandbesatzung auf 38 000 Mann?

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten

E. F. Genf, 11. September.

Der heutige Vormittag, an dem keine Plenarsitzung stattfand, wurde von zahlreichen Telegrammen zur Völkervereinigung und Gesandtschaften benutzt. Am Morgen telegraphisch erschienen zum Besuche der deutschen Delegationen die belgischen Delegierten Vandervelde, und de Bruckere, sodann Briand, der eine längere Unterredung mit Stresemann hatte. Zu der Klärung des Abgeordneten Schlangenschönings auf dem internationalen Parteitag, die an die angelegliche Bemerkung Briands vom internationalen Rhein anknüpfte, kam folgendes mitgeteilt werden: Briand hat vor einigen Tagen laut einer in der französischen demagogischen Presse mehrfach verbreiteten Äußerung von „demilitarisieren Rhein“ gesprochen. Darauf sollte die französische Botschaftspresse ironisch die Frage ob Einführungen zur neutralen Zone erklärt werden sollte, worauf Briand erklärte, daß er missverständlich worden sei. Von internationalen Rhein ist in den Klärungen Briands keineswegs die Rede. Auch in der heutigen Rede Briands über den Eintritt Deutschlands wurde der Rhein überhaupt nicht genannt. Von einer absoluten Aufhebung der Besatzung wurde nicht gesprochen. Von einer absoluten Aufhebung der Besatzung wurde nicht gesprochen. Von einer absoluten Aufhebung der Besatzung wurde nicht gesprochen.

Genf, 11. September. (I. II.)

Von gut informierter englischer Seite erklärt der Vertreter der Telegraphen-Union, daß zwischen Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem französischen Außenminister Briand als Folge des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund bereits Verhandlungen über die im Locarno-Pakt vorgesehene Rückführung eingeleitet worden sind. Der englische Außenminister Chamberlain sowie der belgische Außenminister Vandervelde sollen die Vermittlung für diese Verhandlungen übernommen haben. Zur Verhandlung stände vorläufig die Frage der Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinland auf 38 000 Mann. Deutscherseits werde die Einbeziehung der Besatzung des schiller Waldentopfes in diese Zahl gewünscht, weiter die Klärung der Ausrüstung von Langschwadbach, Kreuznach und Neuenahr sowie die Konzentrierung der Besatzungstruppen in großen Zentren, die Unschicklichkeit der Besatzungstruppen. Chamberlain soll sich bereit erklärt haben, diese deutschen Forderungen zu unterstützen.

Die Zulage der Nichteingeladenen.

Erneute Betonung der Regierungsbereitschaft auf dem deutschnationalen Parteitag.

Von Dr. Karl Eugen Müller.

Zwischen der Situation um die Jahreswende 1924/25, die mit der Bildung des Kabinetts Luther-Schlie die ihre Lösung fand, und der heute gegebenen besteht ein tiefer Unterschied, der den deutschnationalen Taktiken entgegen zu sein scheint: Damals waren die Deutschnationalen in der Tat von der nachbarten Volkspartei eindringlich zum Eintritt in die Regierung eingeladen; heute aber redet von einer solchen Möglichkeit niemand als sie selber. Niemandem anders als ihnen selbst erscheint heute ihre Mitarbeit notwendig oder wünschenswert; niemand hat an sie die Aufforderung oder Anfrage gerichtet, auf die sie nun schon seit Wochen immer wieder so aufdringlich mit der Versicherung antworten, daß sie bereit und willig seien. Seit Wochen laufen alle deutschnationalen Kundgebungen bis zu dem Höhepunkt der Westparteiung hinaus, die mit den normalen Begriffen von Würde länder nicht mehr zu vereinbaren ist.

Man muß sich die pathetischen Töne ins Gedächtnis zurückrufen, mit denen — vor weniger als Jahresfrist! — das Vertragswort von Locarno von den Deutschnationalen verdammt wurde. Die Resolution des Parteitages vom 18. November proklamierte den „radikalistischen Kampf“ gegen Locarno; die Sprengung der Koalition des ersten Luther-Kabinetts um der außenpolitischen Entwicklung willen wurde nachdrücklich einmütig gutgeheißen und der in Locarno ohne die deutschnationalen Unterschrift ausgefertigte „Wegschel“ als minderwertig erklärt. Am Reichstag brachte man einen Mißtrauensantrag gegen Rangler und Außenminister ein, die nach dem Wort eines Königsberg-Blattes „jeden Wirbel ihres außenpolitischen Kabinetts gebrochen“ haben sollten. Als dann die Mächtigungen des Völkerbundes zu Ende ging, ohne daß der Eintritt Deutschlands vollzogen werden konnte, war der Jubel groß, und als „das Gebot der Stunde“ galt für die Deutschnationalen im Wegschel der verantwortlichen Männer nicht weniger als ein Wegschel des außenpolitischen Systems.

Ein Wegschel ist in der Zwischenzeit tatsächlich eingetreten. Das System der Locarno- und Völkerbundpolitik ist zwar das gleiche geblieben; auch der Mann, der als hauptsächlichster Exponent dieser Politik von den Deutschnationalen so gemüht befehdt worden ist, der Außenminister Stresemann, ist noch im Amt, und ist auf der Bahn der „nationalen Realpolitik“ ununterbrochen weitergeschritten. Gewandt hat lediglich die Stellung der Deutschnationalen. In der Tatsache, daß der Eintritt in den Völkerbund nun vollzogen ist, will Graf Westarp „eine neue Lage“ erblicken. Eine Wendung des Meeres fehlt bemerkenswerterweise in dem offiziellen Parteibericht und wird nur von dem Organ des alldeutschen Flügels, der „Deutschen Zeitung“, in vielfachem Heftdruck wiedergegeben: „Der Eintritt in den Völkerbund ist... auch für uns bindendes Bekenntnis geworden.“ Das ist an sich zwar eine Selbstverständlichkeit, gewinnt aber eine gewisse Bedeutung angesichts jener theatralischen Erklärung des Alldeutschen Verbandes vom 27. November des verflochtenen Jahres, nach der „für das völkische Deutschland der Vertrag von Locarno nicht bindend“ sein sollte. Für Westarp aber ist er heute bindend; ob er sich damit die Gefolgschaft des völkischen Flügels verschafft oder nicht, werden die nächsten Wochen lehren. Er will jetzt, nachdem die Außenpolitik über Locarno nach Genf in den Völkerbund hineingeführt hat, abgeschlossen ist, — nach seiner Meinung wiederholen, — erst recht in die Regierung hinein, um die Konsequenzen aus der von ihm verurteilten Politik ziehen zu helfen! Eine sonderbare Logik, für die es keine andere Erklärung gibt als die, daß der Drang nach dem Ministerposten unüberwindlich und ihm gegenüber kein sacrosanctum intellectus zu groß ist. Maßstab freilich wird dieser Drang mit dem amnähenden Angebot der Regierung zu zeigen, wie man im Völkerbund deutsche Politik treiben möchte. Man sucht in der Rede Westarps wie in der früher von Schlangenschönings abgegebenen parteiispezifischen Erklärung vergebens nach einem neuen, eigenen Gedanken. Alles, was auf dem deutschnationalen Parteitag als Anbegriff „neuer“ Ziele der deutschen Außenpolitik hingestellt wurde, deckt sich, vom ersten bis zum letzten Wort, mit den Richtlinien, die seit Jahren, man kann sagen von Nathanaels Tagen an — mit der einzigen Unterbrechung der ungeliebten Sunzeng — von allen Regierungen befolgt worden sind. Wenn sich die Deutschnationalen Partei heute auch ausdrücklich zu einer Politik der kalten Vernunft und des kalten Willens bekennen will, so ist das sehr erfreulich; aber sie kann nicht verlangen, daß man auf diese Erklärung besonderes Gewicht legt. Sie hat schon einmal, in den ersten Monaten der Aera Luther-Schlieben, einen Anlauf zu einer solchen Realpolitik genommen, indem sie dem Angebot des Friedenspaktes zustimmte; als es aber galt, in Gestalt der Locarno-Verträge die Konsequenzen aus diesem Angebot zu ziehen, da wurden die Realpolitiker der Partei von den Realpolitikern über den Haufen geworfen. Und auch diesmal bleibt es zunächst noch sehr zweifelhaft, wie weit Westarp die Gefolgschaft seiner Partei finden wird. Er hat mit besonderer Wärme die enge Verbundenheit der Partei mit den „vaterländischen“ Verbänden und Lehrverbänden betont. Hat er vergessen, daß die meisten dieser Verbände jener alldeutschen Erklärung zugestimmt haben, nach der die